



Niederschrift

9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.04.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	bis 19:55 Uhr
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	ab 17:10 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Rietz, Klaus	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	

Nicht anwesend sind:

Herr Lehmann, Peter CDU/ANW entschuldigt

Gäste:

Frau Krusemark, für den GB 1
Frau Ewers, für den GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Herr Goetzmann, für den GB 4 und den FB Stadtplanung und Bauordnung
Herrn Kann, Polizeipräsidenten, Herrn Marshall, Schutzbereich Potsdam
Herr Westphal, Pro Potsdam
Herr Grebner, Geschäftsführer, Herr Professor Wenisch, ärztlichen Direktor, und Frau Dr. Eichler Vertreterin des Personalrats, Klinikum „Ernst von Bergmann“

Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 25.03.2009
- 2 Bericht des Polizeipräsidenten
- 3 Uferwegekonzeption neue Ortsteile
Vorlage: 09/SVV/0038
Fraktion DIE LINKE
- 4 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas
Vorlage: 09/SVV/0061
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 5 Babywälder in den Sozialräumen und Ortsteilen Potsdams
Vorlage: 09/SVV/0062
Fraktion Bündnis90/Die Grünen, FDP/Familienpartei
- 6 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0127
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 7 Unabhängige Mieterbeschwerdestelle
Vorlage: 09/SVV/0138
Fraktion DIE LINKE
- 8 Ersatzneubau für das Haus des Reisens durch die PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 09/SVV/0182
Fraktion DIE LINKE
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Übersicht Petitionen 2008 gemäß DS 01/SVV/0744
Vorlage: 09/SVV/0165
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 9.2 Selbstbindungsbeschluss Integriertes Entwicklungskonzept "Soziale Stadt Am Stern / Drewitz" Fortschreibung 2008 - 2012
Vorlage: 09/SVV/0197
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 9.3 Vorstellung der Rahmenbedingungen des Konzeptes bezüglich der Unterbringung ausländischer Flüchtlinge am Schlaatz

- 9.4 Bericht zur Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich 1
- 9.5 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern
- 9.6 Sachstandsbericht zur Schutzzone (Pufferzone) Welterbestätten
- 9.7 Sachstandsbericht zur ehemaligen MiniMal-Kaufhalle auf dem Kepler-Platz

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 25.03.2009**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, folgende Tagesordnungspunkte zurückzustellen:

- Tagesordnungspunkt 4 - Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas, DS 09/SVV/0061 – da zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport Unterlagen zur Umsetzung des Anliegens seitens des Werkleiters KIS ausgereicht werden, so dass sich damit das Anliegen evtl. erledigt habe
- Tagesordnungspunkt 7 - Unabhängige Mieterbeschwerdestelle, DS 09/SVV/0138, da hierzu noch kein Votum des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vorliegt;
- Tagesordnungspunkt 9.4 – Bericht zur Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich 1, da der Bürgermeister, Herr Exner, nicht anwesend ist
- Tagesordnungspunkt 9.2 - Selbstbindungsbeschluss Integriertes Entwicklungskonzept "Soziale Stadt Am Stern / Drewitz" Fortschreibung 2008 – 2012, DS 09/SVV/0197, wurde bereits in der letzten Sitzung der StVV beschlossen und ist somit nicht mehr zu behandeln.

Als Erweiterung der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister die als Tischvorlage ausgereichte Mitteilungsvorlage DS 09/SVV/0391, Satzungsänderung Klima-Bündnis vor und deren Behandlung als Punkt 9.2.

Im Weiteren schlägt Herr Naber vor, den **Tagesordnungspunkt 6** - Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam, DS 09/SVV/0127, **zurückzustellen** und für deren Behandlung in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses Experten einzuladen, wie z. B. Kommunen, die das Anliegen bereits erfolgreich praktizieren oder einen Vertreter des Rates für nachhaltige Entwicklung.

Frau Engel-Fürstberger schlägt vor, den **Tagesordnungspunkt 8** - Ersatzneubau

für das Haus des Reisens durch die PRO POTSDAM GmbH, DS 09/SVV/0182, **zurückzustellen**, da es hierzu noch Recherchebedarf gebe und die Fraktionen die Möglichkeit erhalten sollten, das in einer gesamtstädtischen Betrachtung zu diskutieren. Herr Dr. Scharfenberg äußert namens der Antragstellerin, dass er darum bitte, bis dahin keine vollendeten Tatsachen zu schaffen und mit dem Abriss des Gebäudes zu beginnen. Herr Goetzmann entgegnet auf Nachfrage, dass der Termin für den Abriss davon abhängt, wann die Friederich-Ebert-Straße und die Yorckstraße gesperrt werden können. Für den Abriss selbst bedürfe es keiner Genehmigung, sondern nur einer Anzeige und diese sei bereits erfolgt. Daraufhin sagt der Oberbürgermeister zu, dass bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses „nichts in Richtung einer Straßensperrung geschehen werde“.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 8. Sitzung des Hauptausschusses vom 25. März 2009 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; die Niederschrift wird mit 7 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Bericht des Polizeipräsidenten

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Polizeipräsidenten Herrn Kann und vom Schutzbereich Potsdam Herrn Marshall.

Herr Kann bedankt sich eingangs unter Verweis darauf, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht nur Sache der Polizei sei, für die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam und betont, dass er sich freuen würde, wenn es gelänge, vor allem präventiv wirksam zu werden.

Anschließend erläutert Herr Marshall anhand visueller Darstellungen, die allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegen, die Sicherheitslage in der Stadt Potsdam 2008 und geht dabei u. a. auf die Entwicklung der Straftaten 2006/2007/2008 ein sowie auf Straftaten mit erhöhter Zunahme bzw. erhöhtem Rückgang der Deliktzahlen, auf einen Städtevergleich zwischen Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O., auf Schwerpunkte im Kriminalitätsgeschehen, die Tatverdächtigen- und Bevölkerungsstruktur, die Opferstruktur und die Verkehrsunfalllage.

Weitere Informationen zu den im Zusammenhang mit den Schwerpunkten im Kriminalitätsgeschehen erwähnten Vermögens- und Fälschungsdelikten im Raum Babelsberg – Süd werden entsprechend der dazu gestellten Fragen nachgereicht.

Im Weiteren beantworten Herr Kann und Herr Marshall die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. So verweist Herr Dr. Scharfenberg auf den dargestellten Rückgang der Aufklärungsquote und fragt nach, ob das mit den Umstrukturierungen bei der Polizei zusammenhängen könne. Im Weiteren wolle er bezüglich der Diskussion um die Verschärfung des Waffengesetzes wissen, wie viele private Waffenbesitzer es in Potsdam gebe und wie eine Kontrolle in dieser Richtung abgedeckt werden könne.

Herr Kann entgegnet, dass die Umstrukturierungen der Polizei bei einigen Betroffenen Unruhe ausgelöst habe; trotzdem könne er die von Herrn Dr. Scharfenberg aufgestellte These nicht bestätigen - er habe bei der Übernahme seiner Funktion sehr engagierte Kollegen vorgefunden, die mit Elan und Überzeugung arbeiten. Bezüglich der Waffenbesitzer sei sowohl die Zahl der Personen als auch die Anzahl der Waffen bekannt, die er aber so nicht „parat“ habe. Bezüglich der Kontrollen wäre der Revierpolizist schon in der Lage, unangekündigte Stichproben durchzuführen.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter zu Geschwindigkeitskontrollen, deren Verteilung auf so genannte Unfallschwerpunkte und zur Existenz von Zielstellun-

gen bezüglich der Einnahmehöhe antwortet Herr Kann, dass Geschwindigkeitsbegrenzungen überall und zu jeder Tageszeit gelten. Geblitzt werde nur der, der sich nicht regelkonform verhalte. Wenn dies nicht flächendeckend geschehe, so werden sich die Unfallschwerpunkte verschieben und es werde keine Senkung der Unfallzahlen geben. Herr Marshall ergänzt die Ausführungen und verweist darauf, dass sich das Verhalten der Fahrer nur durch Sanktionen ändere und durch die Erhöhung des Risikos, „entdeckt“ zu werden. Natürlich gebe es spezielle Überwachungen an Schwerpunkten und schützenswerten Orten, wie z. B. Schulen. Die Polizei arbeite nach Zielen, so auch im Verkehrsgeschehen; diese richten sich aber nicht nach den Ergebnissen, sondern nach der Wirkung der Maßnahmen.

Auf die Nachfrage von Herrn Heuer, ob die Erfüllung der Zielvereinbarungen Auswirkungen auf die Beurteilung der Polizisten habe, wird seitens Herrn Kann darauf verwiesen, dass es während des Dienstes hinreichend Anlässe im präventiven Bereich gebe, die zur Zielerfüllung beitragen. Die Zielvereinbarungen seien nicht beurteilungsrelevant, aber für ihn gehöre die Mitarbeit aller bei deren Umsetzung mit dazu. Nach seinem Eindruck gebe es das so genannte „Abkassieren“ nicht.

Auf die Nachfragen zu den Konsequenzen des Amoklaufs in Winnenden eingehend verweist Herr Kann darauf, dass die Schulen, soweit gewünscht, beraten werden. Damit könne man keine Taten verhindern, aber Verhaltensmaßregeln finden, um Opfer zu vermeiden. Die Polizei stehe hier gern mit ihren Erfahrungen und Erkenntnissen zur Verfügung, was von den Schulen aber relativ unterschiedlich in Anspruch genommen werde. Frau Dr. Müller merkt dazu an, dass es an den Schulen Verunsicherung gegeben habe, weil für ein Notfallsystem die elementaren Voraussetzungen fehlen und deshalb könne das nicht allein die Aufgabe der Polizei sein. Der Oberbürgermeister betont, dass die in den Schulen vorliegenden Notfallpläne geprüft und aktualisiert werden. In dem Zusammenhang werde es auch Nachbesserungen der technischen Voraussetzungen geben, aber auch das Training bestimmter Verhaltensmaßregeln. Herr Marshall führt dazu aus, dass sich mit jeder Tat das Verständnis der Betroffenen ändere, was erst einmal makaber klinge. Nach den Ereignissen in Erfurt habe es entsprechende Handlungsempfehlungen an die Schuldirektoren gegeben, die von diesen sehr unterschiedlich aufgenommen wurden. Diese Thematik werde in Gremien, wie z. B. in der Sicherheitskonferenz regelmäßig besprochen.

Der Oberbürgermeister bedankt sich abschließend für die Berichterstattung.

zu 3 **Uferwegekonzeption neue Ortsteile**

Vorlage: 09/SVV/0038

Fraktion DIE LINKE

Die Voten der Ortsbeiräte und der Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie Stadtplanung und Bauen liegen den Hauptausschussmitgliedern schriftlich vor. Herr Dr. Scharfenberg erklärt namens der Fraktion DIE LINKE die Übernahme der Änderungen im Beschlusstext – Punkt 2:“ ... Aktivitäten zu unterlassen“ sowie die Terminänderung im letzten Absatz auf den „03. Juni 2009“.

Der so geänderte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. das mit der DS 01/SVV/0330 vorgelegte Uferwegekonzept Gesamtstadt für den Geltungsbereich der eingemeindeten Ortsteile fortzuschreiben;
2. alle Aktivitäten zu unterlassen, die eine Durchgängigkeit der Uferwege auch in den eingemeindeten Ortsteilen gefährden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 03. Juni 2009 über die zeitliche und inhaltliche Planung der dazu notwendigen Schritte zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
 Ablehnung: 0
 Stimmenthaltung: 1

- zu 4 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas**
Vorlage: 09/SVV/0061
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen

zurückgestellt

- zu 5 Babywälder in den Sozialräumen und Ortsteilen Potsdams**
Vorlage: 09/SVV/0062
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen, FDP/Familienpartei

Die Voten der Ortsbeiräte und der Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie Stadtplanung und Bauen liegen den Hauptausschussmitgliedern schriftlich vor.

Da kein Redebarf bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen besteht, werden diese zur Abstimmung gestellt:

Der Ergänzungsvorschlag des OBR Neu Fahrland mit dem Wortlaut:

„Als Bäume sollten vorwiegend Obstbäume unter fachlicher Anleitung gepflanzt werden“.

wird mehrheitlich angenommen:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
 Ablehnung: 3
 Stimmenthaltung: 2

Der Ergänzungsvorschlag des OBR Marquardt mit dem Wortlaut:

Auf den durch die Stadt bewirtschafteten Flächen, Parks und öffentlichen Grünanlagen sind durch die Baumpaten die Kosten für die Anschaffung, den Transport und die Pflanzung zu übernehmen.

wird mehrheitlich angenommen:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
 Ablehnung: 1
 Stimmenthaltung: 2

Der im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen zur Abstimmung gestellte geänderte Beschlusstext mit dem Wortlaut:

Der OBM wird beauftragt **zu prüfen, in welchen** Sozialräumen und Ortsteilen ggf. vorhandene städtische Flächen als "Babywälder" zur Verfügung **gestellt werden können**. Darauf soll der Potsdamer Bevölkerung ermöglicht werden, z.B. zur Geburt eines Kindes einen Baum pflanzen zu können und für dessen Gedeih und Wachstum eine Patenschaft zu übernehmen.

Dem KOUL-Ausschuss soll im September 2009 Bericht erstattet werden.

wird mehrheitlich angenommen:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der OBM wird beauftragt **zu prüfen, in welchen** Sozialräumen und Ortsteilen ggf. vorhandene städtische Flächen als "Babywälder" zur Verfügung **gestellt werden können**. Darauf soll der Potsdamer Bevölkerung ermöglicht werden, z.B. zur Geburt eines Kindes einen Baum pflanzen zu können und für dessen Gedeih und Wachstum eine Patenschaft zu übernehmen.

Als Bäume sollten vorwiegend Obstbäume unter fachlicher Anleitung gepflanzt werden.

Auf den durch die Stadt bewirtschafteten Flächen, Parks und öffentlichen Grünanlagen sind durch die Baumpaten die Kosten für die Anschaffung, den Transport und die Pflanzung zu übernehmen.

Dem KOUL-Ausschuss soll im September 2009 Bericht erstattet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

zu 6 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0127

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 7 Unabhängige Mieterbeschwerdestelle

Vorlage: 09/SVV/0138

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 8 Ersatzneubau für das Haus des Reisens durch die PRO POTSDAM GmbH

Vorlage: 09/SVV/0182

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Übersicht Petitionen 2008 gemäß DS 01/SVV/0744

Vorlage: 09/SVV/0165

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Herr Dr. Pokorny erläutert die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie der Stand des im letzten Jahr in Aussicht gestellten Beschwerdemanagements sei, entgegnet Herr Dr. Pokorny, dass die Verwaltung kurz vor der Softwareauswahl stehe und die Prozesse derzeit „durchstrukturiert“ werden. Nach der Sommerpause könne dann der Betrieb aufgenommen werden.

Der Oberbürgermeister sagt entsprechend der Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg zu, das Beschwerdemanagement noch vor der Sommerpause vorzustellen.

zu 9.2 Selbstbindungsbeschluss Integriertes Entwicklungskonzept "Soziale Stadt Am Stern / Drewitz" Fortschreibung 2008 - 2012

Vorlage: 09/SVV/0197

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

bereits in der Sitzung der StVV am 01.04.2009 beschlossen

neu Satzungsänderung Klima-Bündnis

Vorlage: 09/SVV/0391

Oberbürgermeister, Koordinierungsstelle Klimaschutz

Frau E. Müller erläutert die aufgeführten Satzungsänderungen; die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Vorstellung der Rahmenbedingungen des Konzeptes bezüglich der Unterbringung ausländischer Flüchtlinge am Schlaatz

Bezug nehmend auf die Berichterstattung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses informiert Frau E. Müller, dass für weitere Veranstaltungen der 5. Mai und der 15. Juli geplant seien. Letzter Termin hänge von der Zusage einzuladender Experten ab. Im Weiteren erläutert Frau E. Müller die vorgeschlagenen Themen „Vereinzelung, Isolation, Beteiligung“, „Kinder, Jugendliche und junge Familien“, „Arbeitslosigkeit - was tun?“ und „Gesicht des Asyls“. Der Umzug der Asylbewerber in die neue Unterkunft Am Schlaatz werde ab kommenden Montag erfolgen. Frau B. Müller ergänzt, dass die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Verleihung des Integrationspreises die diesjährige Veranstaltung ebenfalls am Schlaatz, im Bürgerhaus, durchführen werde. Herr Dr. Scharfenberg äußert sich kritisch zu den gegebenen Informationen, da er sich unter der Bezeichnung des Tagesordnungspunktes wesentlich mehr vorgestellt habe, insbesondere zu den konzeptionellen Vorstellungen. Frau E. Müller verweist darauf, dass ein Entwurf des Stadtteilkonzept seitens Stadtkontor als Träger Soziale Stadt vorliege, mit den Trägern vor Ort besprochen werden müsse und in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses vorgestellt werden könne. Herr Schubert erinnert daran, dass die vor Ort tätigen Träger kein „von oben aufgepfropft“ Konzept wollten und empfiehlt eine Abstimmung mit den Akteuren. Bezüglich des Veranstaltungstermins am 15. Juli 09 gibt er zu bedenken, dass dieser in Feriennähe liege und deshalb noch einmal überdacht werden sollte. Frau B. Müller bittet die Zusage der Beigeordneten, in 14 Tagen über den vorliegenden Entwurf durch Frau Feldmann (Stadtkontor) und Frau Juhasz berichten zu lassen, in die Niederschrift aufzunehmen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es nicht darum gehe,

etwas aufzupropfen, sondern um schriftliche und damit belastbare Informationen. Im Ergebnis der weiteren Diskussion legt der Oberbürgermeister fest, dass das Betreuungs- und Unterbringungskonzept mit der nächsten Einladung zur Hauptausschusssitzung verschickt und der Tagesordnungspunkt in 14 Tagen erneut aufgerufen wird.

zu 9.4 Bericht zur Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich 1

zurückgestellt

zu 9.5 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern

Herr Jetschmanegg informiert, dass neben den verschiedenen Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung über die Beteiligung der Ortsbeiräte zum Hoffest anlässlich des Jubiläums „200 Jahre StVV“ beraten wurde. Im Weiteren wurde ein Bericht zur dezentralen Entwässerung aus der dazu gebildeten Arbeitsgruppe gegeben und Verfahren in den Ortsbeiräten besprochen.

zu 9.6 Sachstandsbericht zur Schutzzone (Pufferzone) Welterbestätten

Zu diesem Tagesordnungspunkt informiert Herr Goetzmann an Hand visueller Darstellung über die Verfahrensregelungen für Bauleitplanung und Einzelgenehmigungsverfahren, die dem Protokoll als Anlage beigefügt werden. Im Weiteren beantwortet er die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, welche normative Kraft durch diese Verfahrensregelungen gewonnen werde und von Herrn Schröder, ob mit diesen Regelungen die Entscheidung des Bundes zur Verschwenkung der Friedensbrücke beeinflusst werden könne sowie von Herrn Dr. Scharfenberg, wie diese Informationen vorab in die Presse gelangt seien.

zu 9.7 Sachstandsbericht zur ehemaligen MiniMal-Kaufhalle auf dem Kepler-Platz

Herr Goetzmann verweist darauf, dass es zu der Beantwortung der gleichlautenden Anfrage, DS 09/SVV/0327 aus der StVV vom 01.04.2009 nichts Neues gebe und der Vorhabenträger zwar verpflichtet ist, weiterhin eine Nahversorgungseinrichtung an diesem Standort zu betreiben, jedoch zugleich auch berechtigt sei, den Betrieb bei einer Umbau- bzw. Neubaumaßnahme für die Dauer von 12 Monaten zu unterbrechen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Stadt das aus einer Beobachterposition begleite und ob sie versuche, die Rahmenbedingungen positiv zu gestalten, bestätigt Herr Goetzmann, dass die Stadt beobachte und in diesem Prozess berate, aber keinen Einfluss auf den Termin des Vertragsabschlusses habe.

Sonstiges

Frau B. Müller bittet eingangs darum, den Punkt „Sonstiges“ wieder regulär in Tagesordnung aufzunehmen. Im Weiteren verweist sie auf ihre bereits mehrfach geäußerte Bitte, die Veranstaltungen zu „200 Jahren StVV“ aufzulisten und an die Stadtverordneten auszureichen. Zu dem im März vom Potsdam-Museum organisierten Vortrag sei nicht ein einziger Stadtverordneter anwesend gewesen, weil der Termin nicht bekannt bzw. keine Einladung erfolgt sei.

Außerdem sei mit dem Sitzungskalender beschlossen worden, im Juli keine Sit-

zung der StVV durchzuführen – jetzt gebe es aber die Planung, am 01. Juli 09 den Saal in der Lindenstraße feierlich zu übergeben. Sich darauf verlassend habe sie mittlerweile persönlich eine andere Planung und könne daran nicht teilnehmen, was auch für weitere Stadtverordnete zutreffen könne. Ebenso kritisch merkt sie an, dass für die „Kommunale Stiftung Altenhilfe“ für den nächsten Montag eine Einladung zur Konstituierung verschickt wurde und es bezüglich des Termins keine Abstimmung mit den Beteiligten gegeben habe.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Übersicht zu geplanten Veranstaltungen im Rahmen „200 Jahre StVV“ bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses ausgereicht werde. Der Termin zur Übergabe des Saales in der Lindenstraße war bereits für März geplant, konnte aber auf Grund von Bauverzögerungen nicht gehalten werden. Deshalb und weil die Ferien erst am 16. Juli beginnen, wurde der 01. Juli gewählt. Im Weiteren seien die Vorhaben in der Arbeitsgruppe „200 Jahre StVV“ besprochen worden, in der sie selbst bis zur Kommunalwahl mitgewirkt habe und danach der neu gewählte Vorsitzende. In einem Gespräch am 07. April d. J. seien mit den Fraktionen die Aktivitäten zum Hoffest besprochen worden.

Bezüglich der Einladung zur Konstituierung der „Kommunalen Stiftung Altenhilfe“, so Frau E. Müller, habe sie bereits eine Rückkopplung mit ihrer Verwaltung zugesichert und könne sich die Terminwahl momentan nur im Zusammenhang mit den am Montag stattfindenden Fraktionssitzungen erklären und dem Gedanken, dass die Stadtverordneten dann sowieso im Hause seien.

Herr Dr. Scharfenberg verweist in seinen Ausführungen auf Berichtspflichten der Verwaltung, die einmal im Quartal zu erfüllen und somit in die Tagesordnung der nächsten Hauptausschusssitzung aufzunehmen seien. Das betreffe die Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg

hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale, DS 08/SVV/0992 sowie das Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde, DS 09/SVV/0179. Im Weiteren erinnere er an die Tradition, den Generaldirektor der Stiftung „Preußische Schlösser und Gärten“ einmal im Jahr zu einer Berichterstattung in den Hauptausschuss einzuladen, was seiner Meinung nach im letzten Jahr nicht erfolgt sei. Er schlage eine Verständigung noch im 1. Halbjahr vor und bitte den Oberbürgermeister, Entsprechendes zu veranlassen.

Bezug nehmend auf den in der letzten Sitzung der StVV gefassten Beschluss zum Luftschiffhafen fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, wie die Beteiligung der Stadt und der Stadtverordneten gesichert werden solle. Er bittet den Oberbürgermeister, Vorschläge zu unterbreiten, wie das Verfahren begleitet werden könne. Der Oberbürgermeister sagt zu, einen Modus zu finden und in der nächsten Hauptausschusssitzung einen Vorschlag zu unterbreiten.

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie sich der Oberbürgermeister die weitere Diskussion und Planung zum Freizeitbad vorstelle, da es dazu in der Presse die unterschiedlichsten Stellungnahmen von einigen Fraktionen gebe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass diese Diskussion aus dem „Nichts“ entstanden sei und eine nicht nachvollziehbare Dynamik erhalten habe, an der er sich nicht beteiligen werde. Hier bedarf es einiger Vorbereitungen bezüglich des Standortes und auch der Finanzierung – liege dazu etwas vor, werde es eine Information und eine gemeinsame Diskussion geben.